



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Dr. Sepp Dürr, Verena Osgyan** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Einsatzkräfte schützen! I Verantwortung übernehmen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Gewaltbereitschaft gegenüber Einsatzkräften der Polizei, der Rettungsdienste und Feuerwehr weiterhin hoch und die Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt zu niedrig ist.

Für den Landtag ist es nicht hinzunehmen, dass Menschen, die im Auftrag der Allgemeinheit für Sicherheit und Ordnung sorgen oder anderen Menschen in Notlagen helfen, Ziel massiver Angriffe werden.

Der Landtag hält es deshalb für zwingend erforderlich, ein deutliches und unmissverständliches Signal dahingehend zu setzen, dass Gewalt gegen Einsatzkräfte nicht toleriert wird. Solche Angriffe richten sich gegen die Amtsträgerin oder den Amtsträger als Person, aber auch gegen unsere Gesellschaft und unseren Rechtsstaat.

Der Landtag unterstützt alle Maßnahmen, die geeignet und erforderlich sind, den Schutz von Einsatzkräften zu erhöhen und Angriffe zu verhindern.

Darüber hinaus brauchen wir auch eine gesellschaftliche Debatte über mehr Respekt und Solidarität gegenüber Einsatzkräften und der Verhinderung von Übergriffen. Der Landtag wird sich darin auch weiterhin intensiv einbringen.

Zudem muss der Fokus auf der Präventionsarbeit liegen. Wenn bereits hier ein Beitrag geleistet werden kann, jungen Menschen ein positives Bild von Polizei und Einsatzkräften zu vermitteln, wäre das ein wichtiger Schritt, der steigenden Gewaltbereitschaft entgegenzuwirken. Der Landtag wird Maßnahmen prüfen, solche Bemühungen zu unterstützen.

Begründung:

Unser Bayern ist ein sicheres Land dank seiner Polizei, die auch schwierige Lagen erfolgreich bewältigt. Unser Dank gilt außerdem allen Rettungskräften, die den Menschen im Notfall schnelle Hilfe leisten. Das gilt für den abwehrenden Brandschutz und technischen Hilfsdienst sowie für den Rettungsdienst. Gerade die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr im Freistaat ruht auf dem Ehrenamt als fundamentale Stütze unserer Gesellschaft. Doch immer öfter werden diejenigen, die Hilfe leisten, selbst Opfer von Gewalt. Bewegt sich Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte seit Jahren auf einem erschreckend hohen Niveau, beklagen mittlerweile auch Rettungsorganisationen und Feuerwehren, dass ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern immer weniger Respekt entgegengebracht und es bei Einsätzen verstärkt zu Gewaltausbrüchen kommt. Einer Studie der Universität Bonn zufolge, bei der knapp 1.700 Einsatzkräfte befragt worden sind, erleidet jeder Helfer durchschnittlich gut drei Übergriffe pro Jahr. Der Landtag ist sich seiner Verantwortung gegenüber seinen Einsatzkräften bewusst, und wird deshalb alle möglichen Maßnahmen ergreifen und unterstützen, die der zunehmenden Gewaltbereitschaft entgegenwirken.